

Strafbarkeit der Suizidbeihilfe – verfassungswidrig?

Gastautor

2015-05-05T09:11:43

von [CHRISTOPH GOOS](#)



Fast

150 Strafrechtslehrerinnen und Strafrechtslehrer haben binnen kurzer Zeit eine „[Stellungnahme zur geplanten Ausweitung der Strafbarkeit der Sterbehilfe](#)“ unterschrieben. Das ist erstaunlich, denn der Nationale Ethikrat hat [schon 2006 empfohlen](#), den Sterbehilfe-Begriff nicht mehr zu verwenden. Die Stellungnahme tut es trotzdem – und bestimmt ihn in einer Weise, die notwendige Differenzierungen vermissen lässt. Sie geht von unzutreffenden verfassungsrechtlichen Annahmen aus und kommt zu Ergebnissen, die nicht überzeugen können. Und das Sterben nimmt sie gar nicht erst in den Blick.

Zur Debatte

In der [Debatte um Fragen der Sterbebegleitung und der Suizidbeihilfe](#) ist es in den letzten Wochen und Monaten [relativ still geworden](#). Letzte Woche aber hat das Bundeskabinett den [Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland \(Hospiz- und Palliativgesetz – HPG\)](#) beschlossen. Im Juli sollen dann auch die ursprünglich für Februar erwarteten fraktionsübergreifenden Gruppenanträge zu Fragen der Suizidbeihilfe fertig sein. Schon heute abend wollen die Bundestagsabgeordneten [Kerstin Giese](#), [Katja Keul](#), [Kristina Schröder](#) und [Oliver Wittke](#) die sich bereits abzeichnenden Positionen auf einer [Tagung in Berlin](#) vorstellen und diskutieren.

Mit dem bisherigen Verlauf der Debatte sind nicht alle ganz glücklich. BGH-Richter Thomas Fischer [spottet in der ZEIT](#) über Bundestagsmomente „tränenbetrübter Rührung über die eigene Tiefgründigkeit“ und empfiehlt, in Sachen „Sterbehilfe“

besser von der Schweiz und den Benelux-Staaten zu „lernen“. Theologen wie [Peter Dabrock](#) bekümmert die „vulgärtheologische Verwendung“ von Figuren wie „Gott ist Herr des Lebens“ oder „Leiden sind auszuhalten“, aber auch die Glorifizierung von Suizidassistenten und Tötung auf Verlangen als „christliche Liebestat“. Und Verfassungsrechtler sehen sich wieder einmal – wie [Josef Isensee](#) damals in der humangenetischen Debatte – „an die Wand gedrückt [...] von den vielen, die aus dem Grundgesetz praktische Richtlinien [...] ableiten“.

„Sterbehilfe“: Ein missverständlicher Begriff

Auch die vor einigen Tagen veröffentlichte [„Stellungnahme deutscher Strafrechtslehrerinnen und Strafrechtslehrer zur geplanten Ausweitung der Strafbarkeit der Sterbehilfe“](#) argumentiert im Kern verfassungsrechtlich. Der große Zuspruch, den sie binnen kurzer Zeit im Fach gefunden hat, ist bemerkenswert, denn eine Ausweitung der Strafbarkeit der „Sterbehilfe“ ist derzeit gar nicht geplant. Der [Nationale Ethikrat hat schon 2006 ausführlich dargelegt](#), warum man diesen „missverständlichen und teilweise irreführenden“ Begriff nicht mehr verwenden sollte. Die Strafrechtslehrerinnen und Strafrechtslehrer verwenden ihn trotzdem und wollen darunter „jede“ Hilfe verstanden wissen, „die einer zumeist schwer erkrankten oder sterbenden Person im Hinblick auf ihren geäußerten oder mutmaßlichen Willen geleistet wird, um ihr einen ihren Vorstellungen entsprechenden menschenwürdigen Tod zu ermöglichen“.

Viel zu weit und viel zu eng

Dieses Sterbehilfe-Verständnis ist einerseits viel zu weit, weil es den positiv besetzten Begriff der „Hilfe“ mit allem verquickt, was dem Willen und den Todesvorstellungen Kranker und Sterbender entspricht. Gerade weil es sich um ein „moralisch wie rechtlich höchst sensibles Thema“ handelt, muss man differenzieren. Es ist ratsam, sich dabei [terminologisch an den Begriffen Sterbebegleitung, Therapie am Lebensende, Sterbenlassen, Beihilfe zur Selbsttötung und Tötung auf Verlangen zu orientieren](#), wie es der Nationale Ethikrat 2006 empfohlen hat. Die Stellungnahme tut das nicht – und versteigt sich zu der Feststellung, dass in Hospizen und Palliativstationen „tagtäglich organisiert Sterbehilfe“ geleistet werde. ZDK-Präsident Alois Glück dürfte vielen, die in solchen Einrichtungen Sterbende begleiten, aus der Seele gesprochen haben, als er diesen Satz des Papiers [„schiefer Verletzung“](#) nannte.

Das Sterbehilfe-Verständnis der Stellungnahme ist andererseits aber auch viel zu eng, weil es die Angst vor einem menschenunwürdigen Sterben, die [viele Schwerkranke umtreibt und überhaupt erst an Suizid denken lässt](#), nicht in den Blick nimmt. In der Sterbehilfe-Definition der Strafrechtsgelehrten kommt nur der Tod vor, das Sterben nicht. Zuzugeben ist allerdings, dass das in den allermeisten Grundgesetzkommentaren auch nicht anders ist. Dort finden sich zwar seitenlange Abhandlungen über die Würde von Embryonen, einiges zur Frage der Lebensbeendigung und auch so manches zur Würde Verstorbener. Aber zu der Frage, wie die Würde Sterbender vor Antastungen bewahrt, geachtet und geschützt werden kann, findet man kaum etwas. Hier gibt es für die

Verfassungsrechtswissenschaft [noch viel zu tun](#) – und viel [von anderen Disziplinen zu lernen](#).

Kein Grundrecht auf Suizidbeihilfe

Im Sterben, sagen erfahrene Fachleute, „[kommt alle Selbstbestimmung natürlicherweise an ihr Ende](#)“. Gerade deshalb ist die [Würde Sterbender](#) so verletzlich, und ein Würdeverständnis, das Selbstbestimmung und Würde gleichsetzt und noch im Sterben auf Selbstbestimmung pocht, kann sich für Sterbende [als geradezu fatal erweisen](#). Das übersieht die Stellungnahme, wenn sie aus „Art. 1 Abs. 1 i.V.m. Art. 2 Abs. 1 GG“ (auch zu diesem notorisch unscharfen In-Verbindungsmit-Grundrecht ließe sich einiges sagen) ein „Recht auf Selbstbestimmung jedes Menschen“ ableitet, das „auch das eigene Sterben“ umfasse und einer Strafbarkeit der Suizidbeihilfe entgegenstehe.

Die [Väter und Mütter des Grundgesetzes](#) waren sich ganz einig darüber, dass mit [Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG](#) ein Recht auf Leben, aber kein Grundrecht auf die selbstbestimmte Lebensbeendigung mit Hilfe Dritter geschaffen werden solle – im [Protokoll der 32. Sitzung des Ausschusses für Grundsatzfragen des Parlamentarischen Rates vom 11. Januar 1949](#) kann man es nachlesen. Einen grundrechtlichen Anspruch auf Suizidbeihilfe gibt es nicht. Die Strafbarkeit der Suizidbeihilfe würde also nicht in das (wo auch immer zu verortende) „Selbstbestimmungsrecht“ Sterbewilliger eingreifen – und schon gar nicht „unverhältnismäßig“, wie die Stellungnahme meint.

Keine allgemeine Gewissenshandlungsfreiheit

Das Grundrecht der Gewissensfreiheit steht der Einführung einer Strafbarkeit der Suizidbeihilfe ebenso wenig entgegen. Dass es auch das Arzt-Patienten-Verhältnis umfasst, wie die Stellungnahme hervorhebt, ist zwar richtig, beantwortet aber noch nicht die Frage, ob Ärztinnen und Ärzten die Beihilfe zum Suizid straf- oder berufsrechtlich untersagt werden darf. Was durch die in [Art. 4 Abs. 1 GG](#) vorbehaltlos gewährleistete Gewissensfreiheit des Grundgesetzes geschützt wird, [lässt sich präzise beschreiben](#): Sie greift dann, aber auch nur dann ein, wenn jemand aus Gewissensgründen etwas bestimmtes auf gar keinen Fall tun kann oder unbedingt tun muss, weil er oder sie sonst in eine „[ethisch-existenzielle Identitätskrise](#)“ gerät. Sie umfasst hingegen [nicht das Recht, alles zu tun, was man mit seinem Gewissen glaubt vereinbaren zu können](#). Und das gilt selbstverständlich auch für [Ärztinnen und Ärzte](#).

„Vereinheitlichung“ des ärztlichen Standesrechts?

Auch das Plädoyer der Stellungnahme für die „Vereinheitlichung“ des Berufsrechts ist kritisch zu sehen. Ob es verfassungsrechtlich zulässig wäre, [die von den meisten Landesärztekammern getroffenen Verbote ärztlicher Suizidbeihilfe](#) durch eine vereinheitlichende bundesrechtliche „Zulassung“ zu überspielen, ist jedenfalls zweifelhaft, und das nicht nur aus kompetenziellen Gründen: Eine gesetzgeberische „Zulassung“ der ärztlichen Suizidbeihilfe, die keinen Raum mehr

ließe für entgegenstehendes Standesrecht der Selbstverwaltungskörperschaften, würde das ärztliche Berufsbild von Grund auf verändern und damit die Freiheit des Arztberufs und die Berufsfreiheit aller Ärztinnen und Ärzte betreffen.

Fazit

Ob das Strafrecht, wie die Stellungnahme am Schluss betont, ein „gänzlich ungeeignetes Mittel“ zur Suizidprävention ist, mag dahinstehen – der interdisziplinär zusammengesetzte Deutsche Ethikrat etwa hat das [mehrheitlich anders gesehen](#). Dass der Gesetzgeber aber aus verfassungsrechtlichen Gründen daran gehindert wäre, die Suizidbeihilfe generell oder auch nur in bestimmten Fällen unter Strafe zu stellen, stimmt jedenfalls nicht.

